

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Asylsuchende und Geduldete zu Integrationskursen zulassen**

Mit den Integrationskursen wurde 2005 ein Instrument geschaffen, Neueinwandernden die Eingliederung zu erleichtern. Davon profitieren jedoch nur Migrantinnen und Migranten mit einer Aufenthaltserlaubnis, nicht jedoch Asylsuchende und Geduldete. Sie haben bisher keinen Anspruch, die Integrationskurse zu besuchen. In Deutschland sind hiervon mehrere 100 000 Menschen betroffen. In Bremen konnte die Zahl der Geduldeten in den vergangenen Jahren von über 3 000 auf circa 1 500 Menschen gesenkt werden.

Oftmals dauert es mehrere Jahre bis zur Entscheidung darüber, ob ein dauerhaftes Bleiberecht besteht. In diesem Zeitraum bestehen bisher keine ausreichenden Möglichkeiten und Angebote zur Integration. Zur aufenthaltsrechtlich prekären Lage von Asylsuchenden und Geduldeten kommt somit erschwerend hinzu, dass ihnen der Erwerb wichtiger Grundkenntnisse der Alltagsbewältigung in diesem Land verwehrt bleibt.

Die fehlenden Möglichkeiten zum Spracherwerb wirken sich negativ auf die Lebenssituation und die Lebensperspektive dieser Menschen aus. Lebensmittel und andere wichtige Dinge der Grundversorgung können nur schwer beschafft werden. Die sprachlichen Barrieren erschweren die notwendigen Behördenbesuche und den Zugang zur Gesundheitsversorgung (Arztbesuch, Medikamentenbeschaffung etc.) sowie die Unterstützung der eigenen Kinder beim Schulbesuch. Dies ist mitursächlich für die Integrationshemmnisse vieler Familien und deren Nachkommen, die sich nach Jahren nur noch schwer und mit viel Mühe und Anstrengung beheben lassen.

Geduldete und Asylsuchende dürfen gegenwärtig nach einem Jahr Aufenthaltsdauer ein Beschäftigungsverhältnis aufnehmen. Ohne Deutschkenntnisse ist dies aber in aller Regel unmöglich. Den Lebensunterhalt für sich und seine Familie eigenständig zu sichern, ist zudem eine der entscheidenden Voraussetzungen einen Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen und somit eine dauerhafte Lebensperspektive in Deutschland zu entwickeln. Damit kommt der Sprachkompetenz für die Integration und für das Recht in Deutschland bleiben zu können, eine zentrale Bedeutung zu.

Der Ausschluss von der Möglichkeit zur Teilnahme an den Integrationskursen für Asylsuchende und Geduldete widerspricht somit dem Anspruch einer an den Menschenrechten orientierten Integrations- und Flüchtlingspolitik.

Aus diesem Grund versucht man in Bremen bereits jetzt, geduldeten Menschen die Teilnahme an Integrationskursen zu ermöglichen, soweit Plätze frei sind. Es fehlt jedoch an der eigentlich notwendigen Finanzierung.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel einzuleiten, Asylsuchenden und Geduldeten die Teilnahme an den Integrationskursen des Bundes zu ermöglichen. Diese Möglichkeit soll Asylsuchenden bereits während des laufenden Verfahrens eingeräumt werden.

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Björn Fecker, Sülmez Dogan, Dirk Schmidtman,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Valentina Tuchel, Klaus Möhle, Sükrü Senkal,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD